

Abgabenordnung: AO

Klein

16., völlig neubearbeitete Auflage 2022
ISBN 978-3-406-78086-8
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Klein
Abgabenordnung

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Abgabenordnung

einschließlich Steuerstrafrecht

Bearbeitet von

Dr. Eva-Maria Gersch
Rechtsanwältin

Prof. Dr. Markus Jäger
Richter am Bundesgerichtshof

Dr. Philipp Maetz
Richter am Finanzgericht

Bernd Rätke

Vorsitzender Richter am Finanzgericht

Dr. Eckart Ratschow
Richter am Bundesfinanzhof

Reinhart Rüsken
Rechtsanwalt,
Richter am Bundesfinanzhof a. D.

Prof. Dr. Franceska Werth
Richterin am Bundesfinanzhof

Begründet von

Prof. Dr. Franz Klein †
Präsident des Bundesfinanzhof a. D.

Gerd Orlopp †
Ministerialrat im Bundesministerium der
Finanzen a. D.



16., völlig neubearbeitete Auflage 2022



Zitierweise:

Klein/Gersch AO § 1 Rz. 1
Klein/Jäger AO § 369 Rz. 1
Klein/Maetz AO § 193 Rz. 1
Klein/Rätke AO § 16 Rz. 1
Klein/Ratschow AO § 37 Rz. 1
Klein/Rüsken AO § 30 Rz. 1
Klein/Werth AO § 241 Rz. 1



www.beck.de

ISBN 978 3 406 78086 8

© 2022 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmsstraße 9, 80801 München

Satz, Druck und Bindung: Druckerei C. H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)
Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck Nördlingen



Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 16. Auflage

Gut zwei Jahre hat es gedauert, bis wir die 16. Auflage fertiggestellt haben und Ihnen vorstellen können. Dies ist dem Umstand geschuldet, dass der Gesetzgeber in diesem Jahr noch eine Vielzahl wichtiger Gesetze im Verfahrensrecht verkündet hat oder zumindest vorbereitet hat, die wir nicht außer Acht lassen durften. Exemplarisch genannt seien hier das Vierte Corona-Steuerhilfegesetz und das nunmehr im Bundesgesetzblatt verkündete sog. Zinsanpassungsgesetz. Der in der Neuauflage berücksichtigter Verkündigungsstand der AO ist der 30.6.2022. Ungeachtet des ursprünglich ins Auge gefassten früheren Redaktionsschlusses haben wir uns bemüht, auch die in den letzten Monaten erfolgten Rechtsentwicklungen (z.B. Verwaltungsanweisungen, Rechtsprechung) noch möglichst weitgehend in die Kommentierung aufzunehmen.

Zugleich haben wir uns zusammen mit dem Verlag C.H. Beck entschlossen, künftig den „Klein“ jährlich erscheinen zu lassen und damit den Zwei-Jahres-Rhythmus aufzugeben, um eine höhere Aktualität gewährleisten zu können.

Neben der aktuellen Rechtsprechung und den Verwaltungsanweisungen haben wir in dieser Auflage sage und schreibe 18 neue Gesetze berücksichtigt, die seit Erscheinen der Voraufgabe im Bereich der AO verkündet worden sind. Hervorzuheben ist etwa die Anpassung des Zinssatzes nach § 238 AO: Kaum eine Entscheidung des BVerfG im steuerlichen Bereich hat so viel Aufsehen erregt wie der Beschluss vom 8.7.2021 zur Verfassungswidrigkeit des Zinssatzes von 6% p.a. für Verzinsungszeiträume ab dem 1.1.2014. Der Gesetzgeber war gezwungen, für Verzinsungszeiträume ab dem 1.1.2019 eine Neuregelung zu verabschieden, die nunmehr seit dem 12.7.2022 in Gestalt des Zweiten Gesetzes zur Änderung der Abgabenordnung und des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung, dem sog. Zinsanpassungsgesetz, vorliegt (BGBl. 2022 I 1142). Bei der Kommentierung haben wir den vom Bundestag am 23.6.2022 verabschiedeten Gesetzentwurf berücksichtigt, da die Zustimmung des Bundesrats und die Verkündung der Neuregelung im Bundesgesetzblatt erst nach Abschluss der Drucklegung für den Kommentierungsteil erfolgt ist. Die verfahrensrechtliche Umsetzung der Neuregelung, etwa bei der Prüfung des Vertrauenschutzes bei den Erstattungszinsen, wird uns sicherlich auch künftig noch beschäftigen.

Die Corona-Krise hat sich auch auf das Steuerrecht ausgewirkt. Dies wird daran deutlich, dass es bereits vier Corona-Steuerhilfegesetze gibt. Hier ist das oben bereits erwähnte Vierte Corona-Steuerhilfegesetz vom 19.6.2022 (BGBl. 2022 I 911) zu nennen: Die Verlängerung der Abgabefristen für die Steuererklärungen bis zum Besteuerungszeitraum 2024 durch Art. 97 § 36 III EGAO sorgt trotz ihrer Unübersichtlichkeit in der Steuerberatungspraxis für hoffentlich spürbare Entlastung.

Aber auch die weiteren Gesetzesänderungen haben es in sich: So wirkt sich das mit Gesetz vom 25.6.2021 (BGBl. 2021 I 2056) eingeführte Steueroasen-Abwehrgesetz im Bereich der Mitwirkungspflichten, der Schätzung und der Außenprüfung aus und ersetzt die bisherigen Regelungen des Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetzes sowie der Steuerhinterziehungsbekämpfungsverordnung. Ferner ist auf die steuerstrafrechtlichen Änderungen durch das Jahressteuergesetz 2020 vom 21.12.2020 (BGBl. 2020 I 3096) im Bereich der sog. Cum/Ex-Geschäfte hinzuweisen, die insbesondere zu einer Verlängerung der strafrechtlichen Verjährungsfrist gemäß § 376 I AO führen und eine rückwirkende Anordnung der Einziehung des Tatertrages gemäß § 73e I 2 StGB ermöglichen sollen. Das Jahressteuergesetz 2020 hat auch zu Änderungen im Gemeinnützigekeitsrecht geführt: So wurde der Kreis der gemeinnützigen Zwecke erweitert und es wurden Lockerungen im Bereich der Unmittelbarkeit für unternehmerisch tätige Körperschaften eingeführt, die sich mit

Vorwort

anderen Körperschaften zur gemeinsamen Zweckverwirklichung organisieren können, ohne den Status der Steuerbegünstigung zu gefährden. Allerdings gibt es im Bereich des Gemeinnützigkeitsrechts auch Verschärfungen, indem nunmehr die Feststellung der Satzungsmäßigkeit nach § 60a VI abgelehnt werden kann, wenn bereits Erkenntnisse vorliegen, dass die tatsächliche Geschäftsführung der Körperschaft gegen die satzungsmäßigen Voraussetzungen verstößt. Zu erwähnen ist ferner die durch das Sanierungs- und Insolvenzrechtsfortentwicklungsgesetz vom 22.12.2020 (BGBl. 2020 I 3256) eingeführte Neuregelung des § 15b VIII InsO, die den Konflikt zwischen der Haftung nach § 69 AO und dem Masseerhaltungsgebot mit der daran anknüpfenden gesellschaftsrechtlichen Haftung des Geschäftsführers regelt. Gesetzesänderungen gab es schließlich auch im Bereich des Vollstreckungsrechts, in dessen Bereich sich das ebenfalls durch das Gesetz vom 22.12.2020 (BGBl. 2020 I 3256) eingeführte Gesetz über den Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen für Unternehmen (sog. StaRUG) ausgewirkt hat und weitere Vollstreckungsschutzmaßnahmen für Unternehmen vorgesehen werden. Hervorzuheben ist schließlich die Reform der Vorschriften für das Pfändungsschutzkonto durch das Pfändungsschutzkonto-Fortentwicklungsgesetz vom 22.11.2020 (BGBl. 2020 I 2466).

Wie bereits bei der Voraufage stellen wir die Zitierweise der Rechtsprechung kontinuierlich um und nennen auch Datum und Aktenzeichen, um den Online-Nutzern einen einfachen Zugriff auf die Entscheidungen zu ermöglichen. Diese Zitierweise gilt für alle Entscheidungen seit der 15. Auflage. Für ältere Entscheidungen ist die Umstellung auf die neue Zitierweise noch nicht abgeschlossen, sondern wird in den nächsten Auflagen fortgesetzt.

Um den Umfang des Kommentars nicht unnötig anwachsen zu lassen, nehmen wir Kommentierungen zu älteren Gesetzesfassungen heraus. Für Sie als Leser bleiben die Kommentierungen aber ab der 10. Auflage im Rahmen der Online-Version des „Klein“ weiterhin unter beck-online.beck.de (Rubrik „weitere Auflagen“) abrufbar, sofern Sie über ein Abonnement eines entsprechenden Online-Moduls verfügen.

Die hier nun erscheinende 16. Auflage hat zu einer Zäsur im Lektorat geführt: „Unsere“ langjährige Lektorin Frau *Elisabeth Weber-Neumann*, die den Kommentar seit ca. 30 Jahren betreut hat, ist nach der 15. Auflage in den wohlverdienten Ruhestand getreten. Wir Autoren danken ihr ganz herzlich für ihre großartige Arbeit und Unterstützung und wünschen ihr für die Zukunft alles erdenklich Gute! Zugleich bedanken wir uns sehr bei unserem neuen Lektor, Herrn *Andreas Goerdele*, der uns bei dieser Auflage gleichermaßen tatkräftig unterstützt und die Kommentierung mit kritischen Augen überprüft hat. Wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit!

Zu guter Letzt haben wir noch an Sie, liebe Leser, eine Bitte: Sollten Sie Fehler bemerken oder Anregungen und Kritik äußern wollen, sind wir dafür sehr dankbar und bitten Sie, hierfür die E-Mail-Adresse Steuerrecht@beck.de zu nutzen. Vielen Dank im Voraus!

Im August 2022

Die Autoren

Hinweise:

Lücken bei den Randziffern bzw. gelegentliche Randziffersprünge sind *bewusst gesetzt*, damit notwendige Ergänzungen in späteren Auflagen nicht eine Änderung *aller* Randziffern der betreffenden Kommentierung erforderlich machen.

Die **Kommentierungen ab der 10. Auflage** sind im Rahmen der Online-Version des „Klein“ weiterhin unter beck-online.beck.de (Rubrik „weitere Auflagen“) abrufbar, sofern Sie über ein Abonnement eines entsprechenden Online-Moduls verfügen.

Vorwort zur 1. Auflage

Die erste grundlegende Änderung der RAO von 1919 durch die AO 1977 macht es notwendig, daß alle Erläuterungswerke zur AO völlig neu bearbeitet werden müssen. In der bei den Juristen bekannten Reihe Beck'scher Kurzerläuterungen der Gerichts- und Verwaltungsverfahrensordnungen wird mit der Kommentierung der AO eine wesentliche Lücke für den steuerberatenden Beruf geschlossen. Die Autoren waren bemüht, ein handliches Erläuterungswerk für den täglichen Gebrauch in der Praxis zu schaffen, das sich an Art und Systematik der vorliegenden bewährten Bände der Reihe orientiert.

Bei den Erläuterungen wurde die Begründung des Gesetzentwurfs (BT-Drucks. VI/1982) und der schriftliche Bericht (BT-Drucks. VII/4292) soweit wie möglich aufgenommen. Die gerichtlichen Entscheidungen sind so ausgewählt, daß möglichst nur jeweils die letzte oder die wichtigste zitiert wurde, über die dann der Benutzer zu den früheren Entscheidungen finden kann. Da die Erlasses, Richtlinien und allgemeinen Verwaltungsanweisungen noch einer umfassenden Überprüfung bedürfen, ob und inwieweit sie unter der Geltung der AO 1977 überarbeitet und neu erlassen werden sollen, haben es die Verfasser auf sich genommen, die in den Verwaltungsanweisungen etc. niedergelegten Rechtsgrundsätze auf ihre Vereinbarkeit mit der AO zu überprüfen und, soweit sie als fortgeltend anzusehen sind, bei den betreffenden Bestimmungen in die Erläuterungen eingearbeitet. Die zur Ergänzung der RAO erlassene Beitreibungsordnung ist durch das Einführungsgesetz zur AO 1977 ausdrücklich aufgehoben worden. Eine neue Beitreibungsordnung ist in Vorbereitung.

Der Einführungserlaß zur AO 1977 wurde, soweit erforderlich, bei den einzelnen Paragraphen eingearbeitet und zum Teil im Wortlaut eingefügt.

Das ganze Werk ist von Grund auf neu erstellt und wird eventuell noch bestehende Verbesserungsmöglichkeiten gern in den weiteren Auflagen berücksichtigen. Die Bearbeitung entspricht dem Stande vom Februar 1977 und hat die in der Diskussion befindlichen Verwaltungsanordnungen soweit als möglich berücksichtigt.

Dem Verlag sind wir für die vortreffliche Betreuung und für viele Anregungen zu großem Dank verpflichtet.

Es haben bearbeitet die Paragraphen 1–3, 218–368 Ministerialdirektor Dr. Franz Klein, die Einführung sowie die Paragraphen 4–217 und 369–415 Ministerialrat Gerd Orlopp.

Bonn, im März 1977

Die Verfasser

Bearbeiterverzeichnis

Es wurden bearbeitet von

Dr. Eva-Maria Gersch

§§ 1–15, Vor 51–68

Prof. Dr. Markus Jäger

Vor §§ 369–415

Dr. Philipp Maetz

§§ 193–207

Bernd Rätke

§§ 16–29a, 78–117d, 134–154, Vor 347–368

Dr. Eckart Ratschow

§§ 37–49, 118–129, 179–190

Reinhart Rüsken

§§ 29b–36, 50, 69–77, 130–133, 155–178a, 191–192, 208–240

Prof. Dr. Franceska Werth

Vor §§ 241–346



Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 16. Auflage	V
Vorwort zur 1. Auflage	VII
Bearbeiterverzeichnis	VIII
Abkürzungsverzeichnis	XXIII

Erster Teil Einleitende Vorschriften

Erster Abschnitt. Anwendungsbereich	3
§ 1 Anwendungsbereich	3
§ 2 Vorrang völkerrechtlicher Vereinbarungen	7
§ 2a Anwendungsbereich der Vorschriften über die Verarbeitung personenbezogener Daten	12
Zweiter Abschnitt. Steuerliche Begriffsbestimmungen	14
§ 3 Steuern, steuerliche Nebenleistungen	14
§ 4 Gesetz	26
§ 5 Ermessen	44
§ 6 Behörden, öffentliche und nicht-öffentliche Stellen, Finanzbehörden	53
§ 7 Amtsträger	56
§ 8 Wohnsitz	57
§ 9 Gewöhnlicher Aufenthalt	67
§ 10 Geschäftsleitung	69
§ 11 Sitz	70
§ 12 Betriebstätte	72
§ 13 Ständiger Vertreter	81
§ 14 Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb	82
§ 15 Angehörige	92
Dritter Abschnitt. Zuständigkeit der Finanzbehörden	94
§ 16 Sachliche Zuständigkeit	94
§ 17 Örtliche Zuständigkeit	97
§ 18 Gesonderte Feststellungen	99
§ 19 Steuern vom Einkommen und Vermögen natürlicher Personen	105
§ 20 Steuern vom Einkommen und Vermögen der Körperschaften, Personengesellschaften, Vermögensmassen	112
§ 20a Steuern vom Einkommen bei Bauleistungen	113
§ 21 Umsatzsteuer	117
§ 22 Realsteuern	119
§ 22a Zuständigkeit auf dem Festlandsockel oder an der ausschließlichen Wirtschaftszone	120
§ 23 Einfuhr- und Ausfuhrabgaben und Verbrauchsteuern	121
§ 24 Ersatzzuständigkeit	123
§ 25 Mehrfache örtliche Zuständigkeit	124
§ 26 Zuständigkeitswechsel	125
§ 27 Zuständigkeitsvereinbarung	131
§ 28 Zuständigkeitsstreit	134
§ 29 Gefahr im Verzug	134
§ 29a Unterstützung des örtlich zuständigen Finanzamts auf Anweisung der vorgesetzten Finanzbehörde	135

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

Vierter Abschnitt. Verarbeitung geschützter Daten und Steuergeheimnis	136
§ 29b Verarbeitung personenbezogener Daten durch Finanzbehörden	136
§ 29c Verarbeitung personenbezogener Daten durch Finanzbehörden zu anderen Zwecken	143
§ 30 Steuergeheimnis	148
§ 30a [aufgehoben]	186
§ 31 Mitteilung von Besteuerungsgrundlagen	186
§ 31a Mitteilungen zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung und des Leistungsmisbrauchs	188
§ 31b Mitteilungen zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung	191
§ 31c Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten durch Finanzbehörden zu statistischen Zwecken	195
Fünfter Abschnitt. Haftungsbeschränkung für Amtsträger	197
§ 32 Haftungsbeschränkung für Amtsträger	197
Sechster Abschnitt. Rechte der betroffenen Person	200
§ 32a Informationspflicht der Finanzbehörde bei Erhebung personenbezogener Daten bei betroffenen Personen	200
§ 32b Informationspflicht der Finanzbehörde, wenn personenbezogene Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben wurden	203
§ 32c Auskunftsrecht der betroffenen Person	204
§ 32d Form der Information oder Auskunftserteilung	207
§ 32e Verhältnis zu anderen Auskunfts- und Informationszugangsansprüchen	208
§ 32f Recht auf Berichtigung und Löschung, Widerspruchsrecht	209
Siebter Abschnitt. Datenschutzaufsicht, Gerichtlicher Rechtsschutz in datenschutzrechtlichen Angelegenheiten	211
§ 32g Datenschutzbeauftragte der Finanzbehörden	211
§ 32h Datenschutzrechtliche Aufsicht, Datenschutz-Folgenabschätzung	212
§ 32i Gerichtlicher Rechtsschutz	213
§ 32j Antrag auf gerichtliche Entscheidung bei angenommener Rechtswidrigkeit eines Angemessenheitsbeschlusses der Europäischen Kommission	216
 Zweiter Teil Steuerschuldrecht	
Erster Abschnitt. Steuerpflichtiger	219
§ 33 Steuerpflichtiger	219
§ 34 Pflichten der gesetzlichen Vertreter und der Vermögensverwalter	225
§ 35 Pflichten des Verfügungsberechtigten	231
§ 36 Erlöschen der Vertretungsmacht	234
Zweiter Abschnitt. Steuerschuldverhältnis	235
§ 37 Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis	235
§ 38 Entstehung der Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis	256
§ 39 Zurechnung	263
§ 40 Gesetz- oder sittenwidriges Handeln	284
§ 41 Unwirksame Rechtsgeschäfte	287
§ 42 Missbrauch von rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten	296
§ 43 Steuerschuldner, Steuervergütungsgläubiger	331
§ 44 Gesamtschuldner	332

Inhaltsverzeichnis

Inhalt

§ 45	Gesamtrechtsnachfolge	338
§ 46	Abtretung, Verpfändung, Pfändung	343
§ 47	Erlöschen	353
§ 48	Leistung durch Dritte, Haftung Dritter	356
§ 49	Verschollenheit	357
§ 50	Erlöschen und Unbedingtwerden der Verbrauchsteuer, Übergang der bedingten Verbrauchsteuerschuld	357
Dritter Abschnitt. Steuerbegünstigte Zwecke	359	
<i>Vor § 51</i>	359	
§ 51	Allgemeines	364
§ 52	Gemeinnützige Zwecke	373
§ 53	Mildtätige Zwecke	395
§ 54	Kirchliche Zwecke	400
§ 55	Selbstlosigkeit	401
§ 56	Ausschließlichkeit	416
§ 57	Unmittelbarkeit	418
§ 58	Steuerlich unschädliche Betätigungen	423
§ 58a	Vertrauenschutz bei Mittelweitergaben	432
§ 59	Voraussetzung der Steuerbegünstigung	433
§ 60	Anforderungen an die Satzung	437
§ 60a	Feststellung der satzungsmäßigen Voraussetzungen	440
§ 60b	Zuwendungsempfängerregister	444
§ 61	Satzungsmäßige Vermögensbindung	445
§ 62	Rücklagen und Vermögensbildung	448
§ 63	Anforderungen an die tatsächliche Geschäftsführung	455
§ 64	Steuerpflichtige wirtschaftliche Geschäftsbetriebe	462
§ 65	Zweckbetrieb	467
§ 66	Wohlfahrtspflege	473
§ 67	Krankenhäuser	477
§ 67a	Sportliche Veranstaltungen	480
§ 68	Einzelne Zweckbetriebe	487
Vierter Abschnitt. Haftung	495	
§ 69	Haftung der Vertreter	495
§ 70	Haftung des Vertretenen	525
§ 71	Haftung des Steuerhinterziehers und des Steuerhehlers	528
§ 72	Haftung bei Verletzung der Pflicht zur Kontenwahrheit	532
§ 72a	Haftung Dritter bei Datenübermittlungen an Finanzbehörden	534
§ 73	Haftung bei Organschaft	536
§ 74	Haftung des Eigentümers von Gegenständen	539
§ 75	Haftung des Betriebsübernehmers	543
§ 76	Sachhaftung	550
§ 77	Duldungspflicht	553

Dritter Teil Allgemeine Verfahrensvorschriften

Erster Abschnitt. Verfahrensgrundsätze	557	
1. Unterabschnitt. Beteiligung am Verfahren	557	
§ 78	Beteiligte	557
§ 79	Handlungsfähigkeit	559
§ 80	Bevollmächtigte und Beistände	563
§ 80a	Elektronische Übermittlung von Vollmachtsdaten an Landesfinanzbehörden	577
§ 81	Bestellung eines Vertreters von Amts wegen	579

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

2. Unterabschnitt. Ausschließung und Ablehnung von Amtsträgern und anderen Personen	582
§ 82 Ausgeschlossene Personen	582
§ 83 Besorgnis der Befangenheit	583
§ 84 Ablehnung von Mitgliedern eines Ausschusses	584
3. Unterabschnitt. Besteuerungsgrundsätze, Beweismittel	585
I. Allgemeines	585
§ 85 Besteuerungsgrundsätze	585
§ 86 Beginn des Verfahrens	590
§ 87 Amtssprache	591
§ 87a Elektronische Kommunikation	593
§ 87b Bedingungen für die elektronische Übermittlung von Daten an Finanzbehörden	600
§ 87c Nicht amtliche Datenverarbeitungsprogramme für das Besteuerungsverfahren	602
§ 87d Datenübermittlungen an Finanzbehörden im Auftrag	603
§ 87e Ausnahmeregelung für Einfuhr- und Ausfuhrabgaben, Verbrauchsteuern und die Luftverkehrsteuer	605
§ 88 Untersuchungsgrundsatz	605
§ 88a Sammlung von geschützten Daten	621
§ 88b Länderübergreifender Abruf und Verwendung von Daten zur Verhütung, Ermittlung und Verfolgung von Steuerverkürzungen	622
§ 88c Informationsaustausch über kapitalmarktbezogene Gestaltungen	623
§ 89 Beratung, Auskunft	625
§ 89a Vorabverständigungsverfahren	642
§ 90 Mitwirkungspflichten der Beteiligten	651
§ 91 Anhörung Beteiliger	665
§ 92 Beweismittel	671
II. Beweis durch Auskünfte und Sachverständigungsgutachten	674
§ 93 Auskunftspflicht der Beteiligten und anderer Personen	674
§ 93a Allgemeine Mitteilungspflichten	693
§ 93b Automatisierter Abruf von Kontoinformationen	698
§ 93c Datenübermittlung durch Dritte	701
§ 93d Verordnungsermächtigung	707
§ 94 Eidliche Vernehmung	708
§ 95 Versicherung an Eides statt	709
§ 96 Hinzuziehung von Sachverständigen	712
III. Beweis durch Urkunden und Augenschein	714
§ 97 Vorlage von Urkunden	714
§ 98 Einnahme des Augenscheins	718
§ 99 Betreten von Grundstücken und Räumen	718
§ 100 Vorlage von Wertsachen	721
IV. Auskunfts- und Vorlageverweigerungsrechte	722
§ 101 Auskunfts- und Eidesverweigerungsrecht der Angehörigen	722
§ 102 Auskunftsverweigerungsrecht zum Schutz bestimmter Berufsgeheimnisse	724
§ 103 Auskunftsverweigerungsrecht bei Gefahr der Verfolgung wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit	729
§ 104 Verweigerung der Erstattung eines Gutachtens und der Vorlage von Urkunden	732
§ 105 Verhältnis der Auskunfts- und Vorlagepflicht zur Schweigepflicht öffentlicher Stellen	735
§ 106 Beschränkung der Auskunfts- und Vorlagepflicht bei Beeinträchtigung des staatlichen Wohls	736

Inhaltsverzeichnis

Inhalt

V. Entschädigung der Auskunftspflichtigen und der Sachverständigen	737
§ 107 Entschädigung der Auskunftspflichtigen und der Sachverständigen	737
4. Unterabschnitt. Fristen, Termine, Wiedereinsetzung	739
§ 108 Fristen und Termine	739
§ 109 Verlängerung von Fristen	744
§ 110 Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	747
5. Unterabschnitt. Rechts- und Amtshilfe	772
§ 111 Amtshilfepflicht	772
§ 112 Voraussetzungen und Grenzen der Amtshilfe	775
§ 113 Auswahl der Behörde	777
§ 114 Durchführung der Amtshilfe	777
§ 115 Kosten der Amtshilfe	778
§ 116 Anzeige von Steuerstrafaten	779
§ 117 Zwischenstaatliche Rechts- und Amtshilfe in Steuersachen	780
§ 117a Übermittlung personenbezogener Daten an Mitgliedstaaten der Europäischen Union	831
§ 117b Verwendung von den nach dem Rahmenbeschluss 2006/960/JI des Rates übermittelten Daten	836
§ 117c Umsetzung innerstaatlich anwendbarer völkerrechtlicher Vereinbarungen zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten	837
§ 117d Statistiken über die zwischenstaatliche Amts- und Rechtshilfe	841
Zweiter Abschnitt. Verwaltungsakte	842
§ 118 Begriff des Verwaltungsakts	842
§ 119 Bestimmtheit und Form des Verwaltungsakts	857
§ 120 Nebenbestimmungen zum Verwaltungsakt	871
§ 121 Begründung des Verwaltungsakts	874
§ 122 Bekanntgabe des Verwaltungsakts	877
§ 122a Bekanntgabe von Verwaltungsakten durch Bereitstellung zum Datenabruft	905
§ 123 Bestellung eines Empfangsbevollmächtigten	907
§ 124 Wirksamkeit des Verwaltungsakts	909
§ 125 Nichtigkeit des Verwaltungsakts	912
§ 126 Heilung von Verfahrens- und Formfehlern	918
§ 127 Folgen von Verfahrens- und Formfehlern	921
§ 128 Umdeutung eines fehlerhaften Verwaltungsakts	924
§ 129 Offenbare Unrichtigkeiten beim Erlass eines Verwaltungsakts	927
§ 130 Rücknahme eines rechtswidrigen Verwaltungsakts	941
§ 131 Widerruf eines rechtmäßigen Verwaltungsakts	953
§ 132 Rücknahme, Widerruf, Aufhebung und Änderung im Rechtsbehelfsverfahren	957
§ 133 Rückgabe von Urkunden und Sachen	958

Vierter Teil Durchführung der Besteuerung

Erster Abschnitt. Erfassung der Steuerpflichtigen	961
1. Unterabschnitt. Personenstands- und Betriebsaufnahme	961
§ 134 bis § 136 [aufgehoben]	961
2. Unterabschnitt. Anzeigepflichten	961
§ 137 Steuerliche Erfassung von Körperschaften, Vereinigungen und Vermögensmassen	961
§ 138 Anzeigen über die Erwerbstätigkeit	961

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

§ 138a Länderbezogener Bericht multinationaler Unternehmensgruppen	971
§ 138b Mitteilungspflicht Dritter über Beziehungen inländischer Steuerpflichtiger zu Drittstaat-Gesellschaften	980
§ 138c Verordnungsermächtigung	984
§ 138d Pflicht zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen	985
§ 138e Kennzeichen grenzüberschreitender Steuergestaltungen	997
§ 138f Verfahren zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen durch Intermediäre	1008
§ 138g Verfahren zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen durch Nutzer	1016
§ 138h Mitteilungen bei marktfähigen grenzüberschreitenden Steuergestaltungen	1018
§ 138i Information der Landesfinanzbehörden	1019
§ 138j Auswertung der Mitteilungen grenzüberschreitender Steuergestaltungen	1019
§ 138k Angabe der grenzüberschreitenden Steuergestaltung in der Steuererklärung	1021
§ 139 Anmeldung von Betrieben in besonderen Fällen	1021
3. Unterabschnitt. Identifikationsmerkmal	1022
§ 139a Identifikationsmerkmal	1022
§ 139b Identifikationsnummer	1024
§ 139c Wirtschafts-Identifikationsnummer	1031
§ 139d Verordnungsermächtigung	1037
Zweiter Abschnitt. Mitwirkungspflichten	1037
1. Unterabschnitt. Führung von Büchern und Aufzeichnungen	1037
§ 140 Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten nach anderen Gesetzen ..	1037
§ 141 Buchführungspflicht bestimmter Steuerpflichtiger	1043
§ 142 Ergänzende Vorschriften für Land- und Forstwirte	1049
§ 143 Aufzeichnung des Wareneingangs	1050
§ 144 Aufzeichnung des Warenausgangs	1051
§ 145 Allgemeine Anforderungen an Buchführung und Aufzeichnungen ..	1054
§ 146 Ordnungsvorschriften für die Buchführung und für Aufzeichnungen ..	1058
§ 146a Ordnungsvorschrift für die Buchführung und für Aufzeichnungen mittels elektronischer Aufzeichnungssysteme; Verordnungsermächtigung	1091
§ 146b Kassen-Nachschauf	1102
§ 147 Ordnungsvorschriften für die Aufbewahrung von Unterlagen	1107
§ 147a Vorschriften für die Aufbewahrung von Aufzeichnungen und Unterlagen bestimmter Steuerpflichtiger	1128
§ 148 Bewilligung von Erleichterungen	1137
2. Unterabschnitt. Steuererklärungen	1139
§ 149 Abgabe der Steuererklärungen	1139
§ 150 Form und Inhalt der Steuererklärungen	1150
§ 151 Aufnahme der Steuererklärung an Amtsstelle	1164
§ 152 Verspätungszuschlag	1165
§ 153 Berichtigung von Erklärungen	1183
3. Unterabschnitt. Kontenwahrheit	1191
§ 154 Kontenwahrheit	1191
Dritter Abschnitt. Festsetzungs- und Feststellungsverfahren	1199
1. Unterabschnitt. Steuerfestsetzung	1199
I. Allgemeine Vorschriften	1199
§ 155 Steuerfestsetzung	1199

Inhaltsverzeichnis

Inhalt

§ 156 Absehen von der Steuerfestsetzung	1216
§ 157 Form und Inhalt der Steuerbescheide	1217
§ 158 Beweiskraft der Buchführung	1222
§ 159 Nachweis der Treuhänderschaft	1225
§ 160 Benennung von Gläubigern und Zahlungsempfängern	1229
§ 161 Fehlmengen bei Bestandsaufnahmen	1235
§ 162 Schätzung von Besteuerungsgrundlagen	1236
§ 163 Abweichende Festsetzung von Steuern aus Billigkeitsgründen	1256
§ 164 Steuerfestsetzung unter Vorbehalt der Nachprüfung	1273
§ 165 Vorläufige Steuerfestsetzung, Aussetzung der Steuerfestsetzung	1285
§ 166 Dritt wirkung der Steuerfestsetzung	1301
§ 167 Steueranmeldung, Verwendung von Steuerzeichen oder Steuerstemplern	1304
§ 168 Wirkung einer Steueranmeldung	1307
II. Festsetzungsverjährung	1311
§ 169 Festsetzungsfrist	1311
§ 170 Beginn der Festsetzungsfrist	1322
§ 171 Ablaufhemmung	1333
III. Bestandskraft	1363
§ 172 Aufhebung und Änderung von Steuerbescheiden	1363
§ 173 Aufhebung oder Änderung von Steuerbescheiden wegen neuer Tatsachen oder Beweismittel	1379
§ 173a Schreib- oder Rechenfehler bei Erstellung einer Steuererklärung	1408
§ 174 Widerstreitende Steuerfestsetzungen	1410
§ 175 Änderung von Steuerbescheiden auf Grund von Grundlagenbeschei- den und bei rückwirkenden Ereignissen	1429
§ 175a Umsetzung von Verständigungsvereinbarungen	1451
§ 175b Änderung von Steuerbescheiden bei Datenübermittlung durch Dritte	1452
§ 176 Vertrauenschutz bei der Aufhebung und Änderung von Steuerbescheiden	1454
§ 177 Berichtigung von materiellen Fehlern	1467
IV. Kosten	1471
§ 178 Kosten bei besonderer Inanspruchnahme der Zollbehörden	1471
§ 178a [aufgehoben]	1473
2. Unterabschnitt. Gesonderte Feststellung von Besteuerungsgrundlagen, Festsetzung von Steuermessbeträgen	1473
I. Gesonderte Feststellungen	1473
§ 179 Feststellung von Besteuerungsgrundlagen	1473
§ 180 Gesonderte Feststellung von Besteuerungsgrundlagen	1485
§ 181 Verfahrensvorschriften für die gesonderte Feststellung, Feststellungs- frist, Erklärungspflicht	1505
§ 182 Wirkungen der gesonderten Feststellung	1515
§ 183 Empfangsbevollmächtigte bei der einheitlichen Feststellung	1522
II. Festsetzung von Steuermessbeträgen	1530
§ 184 Festsetzung von Steuermessbeträgen	1530
3. Unterabschnitt. Zerlegung und Zuteilung	1535
§ 185 Geltung der allgemeinen Vorschriften	1535
§ 186 Beteiligte	1536
§ 187 Akteneinsicht	1536
§ 188 Zerlegungsbescheid	1536
§ 189 Änderung der Zerlegung	1537
§ 190 Zuteilungsverfahren	1538

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

4. Unterabschnitt. Haftung	1539
§ 191 Haftungsbescheide, Duldungsbescheide	1539
§ 192 Vertragliche Haftung	1570
Vierter Abschnitt. Außenprüfung	1571
1. Unterabschnitt. Allgemeine Vorschriften	1571
§ 193 Zulässigkeit einer Außenprüfung	1571
§ 194 Sachlicher Umfang einer Außenprüfung	1581
§ 195 Zuständigkeit	1590
§ 196 Prüfungsanordnung	1594
§ 197 Bekanntgabe der Prüfungsanordnung	1601
§ 198 Ausweispflicht, Beginn der Außenprüfung	1606
§ 199 Prüfungsgrundsätze	1607
§ 200 Mitwirkungspflichten des Steuerpflichtigen	1607
§ 201 Schlussbesprechung	1612
§ 202 Inhalt und Bekanntgabe des Prüfungsberichts	1614
§ 203 Abgekürzte Außenprüfung	1616
§ 203a Außenprüfung bei Datenübermittlung durch Dritte	1617
2. Unterabschnitt. Verbindliche Zusagen auf Grund einer Außenprüfung	1617
§ 204 Voraussetzung der verbindlichen Zusage	1617
§ 205 Form der verbindlichen Zusage	1622
§ 206 Bindungswirkung	1624
§ 207 Außerkrafttreten, Aufhebung und Änderung der verbindlichen Zusage	1624
Fünfter Abschnitt. Steuerfahndung (Zollfahndung)	1626
§ 208 Steuerfahndung (Zollfahndung)	1626
§ 208a Steuerfahndung des Bundeszentralsamts für Steuern	1642
Sechster Abschnitt. Steueraufsicht in besonderen Fällen	1642
§ 209 Gegenstand der Steueraufsicht	1642
§ 210 Befugnisse der Finanzbehörde	1644
§ 211 Pflichten der betroffenen Person	1647
§ 212 Durchführungsvorschriften	1647
§ 213 Besondere Aufsichtsmaßnahmen	1648
§ 214 Beauftragte	1649
§ 215 Sicherstellung im Aufsichtsweg	1650
§ 216 Überführung in das Eigentum des Bundes	1652
§ 217 Steuerhilfspersonen	1654
 Fünfter Teil Erhebungsverfahren	
Erster Abschnitt. Verwirklichung, Fälligkeit und Erlöschen von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis	1655
1. Unterabschnitt. Verwirklichung und Fälligkeit von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis	1655
§ 218 Verwirklichung von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis	1655
§ 219 Zahlungsaufforderung bei Haftungsbescheiden	1668
§ 220 Fälligkeit	1670
§ 221 Abweichende Fälligkeitsbestimmung	1673
§ 222 Stundung	1674
§ 223 [aufgehoben]	1681
2. Unterabschnitt. Zahlung, Aufrechnung, Erlass	1681
§ 224 Leistungsort, Tag der Zahlung	1681

Inhaltsverzeichnis**Inhalt**

§ 224a Hingabe von Kunstgegenständen an Zahlungs statt	1684
§ 225 Reihenfolge der Tilgung	1686
§ 226 Aufrechnung	1687
§ 227 Erlass	1708
3. Unterabschnitt. Zahlungsverjährung	1716
§ 228 Gegenstand der Verjährung, Verjährungsfrist	1716
§ 229 Beginn der Verjährung	1718
§ 230 Hemmung der Verjährung	1720
§ 231 Unterbrechung der Verjährung	1721
§ 232 Wirkung der Verjährung	1727
Zweiter Abschnitt. Verzinsung, Säumniszuschläge	1728
1. Unterabschnitt. Verzinsung	1728
§ 233 Grundsatz	1728
§ 233a Verzinsung von Steuernachforderungen und Steuererstattungen	1730
§ 234 Stundungszinsen	1746
§ 235 Verzinsung von hinterzogenen Steuern	1750
§ 236 Prozesszinsen auf Erstattungsbeträge	1755
§ 237 Zinsen bei Aussetzung der Vollziehung	1761
§ 238 Höhe und Berechnung der Zinsen	1766
§ 239 Festsetzung der Zinsen	1769
2. Unterabschnitt. Säumniszuschläge	1773
§ 240 Säumniszuschläge	1773
Dritter Abschnitt. Sicherheitsleistung	1784
Vor §§ 241ff.	1784
§ 241 Art der Sicherheitsleistung	1785
§ 242 Wirkung der Hinterlegung von Zahlungsmitteln	1789
§ 243 Verpfändung von Wertpapieren	1789
§ 244 Taugliche Steuerbürgen	1790
§ 245 Sicherheitsleistung durch andere Werte	1792
§ 246 Annahmewerte	1792
§ 247 Austausch von Sicherheiten	1793
§ 248 Nachschusspflicht	1793

**Sechster Teil
Vollstreckung**

Erster Abschnitt. Allgemeine Vorschriften	1795
Vor § 249	1795
§ 249 Vollstreckungsbehörden	1796
§ 250 Vollstreckungsersuchen	1799
§ 251 Vollstreckbare Verwaltungsakte	1801
§ 252 Vollstreckungsgläubiger	1813
§ 253 Vollstreckungsschuldner	1814
§ 254 Voraussetzungen für den Beginn der Vollstreckung	1814
§ 255 Vollstreckung gegen juristische Personen des öffentlichen Rechts	1816
§ 256 Einwendungen gegen die Vollstreckung	1817
§ 257 Einstellung und Beschränkung der Vollstreckung	1819
§ 258 Einstweilige Einstellung oder Beschränkung der Vollstreckung	1820
Zweiter Abschnitt. Vollstreckung wegen Geldforderungen	1825
1. Unterabschnitt. Allgemeine Vorschriften	1825
§ 259 Mahnung	1825

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

§ 260 Angabe des Schuldgrundes	1825
§ 261 Niederschlagung	1827
§ 262 Rechte Dritter	1828
§ 263 Vollstreckung gegen Ehegatten oder Lebenspartner	1834
§ 264 Vollstreckung gegen Nießbraucher	1838
§ 265 Vollstreckung gegen Erben	1839
§ 266 Sonstige Fälle beschränkter Haftung	1843
§ 267 Vollstreckungsverfahren gegen nicht rechtsfähige Personenvereinigungen	1845
 2. Unterabschnitt. Aufteilung einer Gesamtschuld	1846
<i>Vor §§ 268ff.</i>	1846
§ 268 Grundsatz	1846
§ 269 Antrag	1848
§ 270 Allgemeiner Aufteilungsmaßstab	1849
§ 271 Aufteilungsmaßstab für die Vermögensteuer	1850
§ 272 Aufteilungsmaßstab für Vorauszahlungen	1850
§ 273 Aufteilungsmaßstab für Steuernachforderungen	1851
§ 274 Besonderer Aufteilungsmaßstab	1852
§ 275 [aufgehoben]	1852
§ 276 Rückständige Steuer, Einleitung der Vollstreckung	1852
§ 277 Vollstreckung	1854
§ 278 Beschränkung der Vollstreckung	1855
§ 279 Form und Inhalt des Aufteilungsbescheids	1857
§ 280 Änderung des Aufteilungsbescheids	1858
 3. Unterabschnitt. Vollstreckung in das bewegliche Vermögen	1860
I. Allgemeines	1860
§ 281 Pfändung	1860
§ 282 Wirkung der Pfändung	1861
§ 283 Ausschluss von Gewährleistungsansprüchen	1862
§ 284 Vermögensauskunft des Vollstreckungsschuldners	1863
II. Vollstreckung in Sachen	1875
§ 285 Vollziehungsbeamte	1875
§ 286 Vollstreckung in Sachen	1876
§ 287 Befugnisse des Vollziehungsbeamten	1878
§ 288 Zuziehung von Zeugen	1882
§ 289 Zeit der Vollstreckung	1882
§ 290 Aufforderungen und Mitteilungen des Vollziehungsbeamten	1883
§ 291 Niederschrift	1884
§ 292 Abwendung der Pfändung	1884
§ 293 Pfand- und Vorzugsrechte Dritter	1885
§ 294 Ungetrennte Früchte	1886
§ 295 Unpfändbarkeit von Sachen	1888
§ 296 Verwertung	1892
§ 297 Aussetzung der Verwertung	1893
§ 298 Versteigerung	1894
§ 299 Zuschlag	1895
§ 300 Mindestgebot	1897
§ 301 Einstellung der Versteigerung	1897
§ 302 Wertpapiere	1898
§ 303 Namenspapiere	1899
§ 304 Versteigerung ungetrennter Früchte	1899
§ 305 Besondere Verwertung	1900
§ 306 Vollstreckung in Ersatzteile von Luftfahrzeugen	1900

Inhaltsverzeichnis

Inhalt

§ 307 Anschlusspfändung	1901
§ 308 Verwertung bei mehrfacher Pfändung	1902
III. Vollstreckung in Forderungen und andere Vermögensrechte	1905
§ 309 Pfändung einer Geldforderung	1905
§ 310 Pfändung einer durch Hypothek gesicherten Forderung	1912
§ 311 Pfändung einer durch Schiffshypothek oder Registerpfandrecht an einem Luftfahrzeug gesicherten Forderung	1915
§ 312 Pfändung einer Forderung aus indossablen Papieren	1915
§ 313 Pfändung fortlaufender Bezüge	1916
§ 314 Einziehungsverfügung	1917
§ 315 Wirkung der Einziehungsverfügung	1919
§ 316 Erklärungspflicht des Drittschuldners	1920
§ 317 Andere Art der Verwertung	1922
§ 318 Ansprüche auf Herausgabe oder Leistung von Sachen	1923
§ 319 Unpfändbarkeit von Forderungen	1925
§ 320 Mehrfache Pfändung einer Forderung	1943
§ 321 Vollstreckung in andere Vermögensrechte	1945
4. Unterabschnitt. Vollstreckung in das unbewegliche Vermögen	1948
§ 322 Verfahren	1948
§ 323 Vollstreckung gegen den Rechtsnachfolger	1953
5. Unterabschnitt. Arrest	1954
§ 324 Dinglicher Arrest	1954
§ 325 Aufhebung des dinglichen Arrestes	1960
§ 326 Persönlicher Sicherheitsarrest	1960
6. Unterabschnitt. Verwertung von Sicherheiten	1962
§ 327 Verwertung von Sicherheiten	1962
Dritter Abschnitt. Vollstreckung wegen anderer Leistungen als Geldforderungen	1963
1. Unterabschnitt. Vollstreckung wegen Handlungen, Duldungen oder Unterlassungen	1963
<i>Vor § 328</i>	1963
§ 328 Zwangsmittel	1964
§ 329 Zwangsgeld	1966
§ 330 Ersatzvornahme	1967
§ 331 Unmittelbarer Zwang	1967
§ 332 Androhung der Zwangsmittel	1968
§ 333 Festsetzung der Zwangsmittel	1969
§ 334 Ersatzzwangshaft	1970
§ 335 Beendigung des Zwangsverfahrens	1971
2. Unterabschnitt. Erzwingung von Sicherheiten	1972
§ 336 Erzwingung von Sicherheiten	1972
Vierter Abschnitt. Kosten	1972
§ 337 Kosten der Vollstreckung	1972
§ 338 Gebührenarten	1973
§ 339 Pfändungsgebühr	1973
§ 340 Wegnahmegebühr	1974
§ 341 Verwertungsgebühr	1975
§ 342 Mehrheit von Schuldern	1976
§ 343 [weggefallen]	1976
§ 344 Auslagen	1976
§ 345 Reisekosten und Aufwandsentschädigungen	1978
§ 346 Unrichtige Sachbehandlung, Festsetzungsfrist	1978

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

Siebenter Teil Außergerichtliches Rechtsbehelfsverfahren

Vor §§ 347ff 1981

Erster Abschnitt. Zulässigkeit 1983

§ 347	Statthaftigkeit des Einspruchs	1983
§ 348	Ausschluss des Einspruchs	1989
§ 349	[weggefallen]	1991
§ 350	Beschwer	1991
§ 351	Bindungswirkung anderer Verwaltungsakte	1999
§ 352	Einspruchsbefugnis bei der einheitlichen Feststellung	2005
§ 353	Einspruchsbefugnis des Rechtsnachfolgers	2012
§ 354	Einspruchsvorbehalt	2013

Zweiter Abschnitt. Verfahrensvorschriften 2016

§ 355	Einspruchsfrist	2016
§ 356	Rechtsbehelfsbelehrung	2020
§ 357	Einlegung des Einspruchs	2023
§ 358	Prüfung der Zulässigkeitsvoraussetzungen	2028
§ 359	Beteiligte	2030
§ 360	Hinzuziehung zum Verfahren	2030
§ 361	Aussetzung der Vollziehung	2038
§ 362	Rücknahme des Einspruchs	2057
§ 363	Aussetzung und Ruhen des Verfahrens	2059
§ 364	Offenlegung der Besteuerungsunterlagen	2067
§ 364a	Erörterung des Sach- und Rechtsstands	2067
§ 364b	Fristsetzung	2070
§ 365	Anwendung von Verfahrensvorschriften	2074
§ 366	Form, Inhalt und Erteilung der Einspruchentscheidung	2074
§ 367	Entscheidung über den Einspruch	2081
§ 368	[weggefallen]	2091

book-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Achter Teil Straf- und Bußgeldvorschriften, Straf- und Bußgeldverfahren

Erster Abschnitt. Strafvorschriften 2093

Vor §§ 369ff.	2093
§ 369	Steuerstraftaten	2093
§ 370	Steuerhinterziehung	2095
§ 370a	[aufgehoben]	2222
§ 371	Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung	2222
§ 372	Bannbruch	2257
§ 373	Gewerbsmäßiger, gewaltsamer und bandenmäßiger Schmuggel	2260
§ 374	Steuerhehlerei	2271
§ 375	Nebenfolgen	2281
§ 375a	[aufgehoben]	2285
§ 376	Verfolgungsverjährung	2285

Zweiter Abschnitt. Bußgeldvorschriften 2297

§ 377	Steuerordnungswidrigkeiten	2297
§ 378	Leichtfertige Steuerverkürzung	2301
§ 379	Steuergefährdung	2309
§ 380	Gefährdung der Abzugsteuern	2316

Inhaltsverzeichnis

Inhalt

§ 381 Verbrauchsteuergefährdung	2318
§ 382 Gefährdung der Einfuhr- und Ausfuhrabgaben	2321
§ 383 Unzulässiger Erwerb von Steuererstattungs- und Vergütungs- ansprüchen	2325
§ 383a [aufgehoben]	2326
§ 383b Pflichtverletzung bei Übermittlung von Vollmachtsdaten	2326
§ 384 Verfolgungsverjährung	2327
§ 384a Verstöße nach Artikel 83 Absatz 4 bis 6 der Verordnung (EU) 2016/679	2328
Dritter Abschnitt. Strafverfahren	2329
1. Unterabschnitt. Allgemeine Vorschriften	2329
§ 385 Geltung von Verfahrensvorschriften	2329
§ 386 Zuständigkeit der Finanzbehörde bei Steuerstraftaten	2337
§ 387 Sachlich zuständige Finanzbehörde	2341
§ 388 Örtlich zuständige Finanzbehörde	2343
§ 389 Zusammenhängende Strafsachen	2345
§ 390 Mehrfache Zuständigkeit	2345
§ 391 Zuständiges Gericht	2345
§ 392 Verteidigung	2348
§ 393 Verhältnis des Strafverfahrens zum Besteuerungsverfahren	2354
§ 394 Übergang des Eigentums	2370
§ 395 Akteneinsicht der Finanzbehörde	2372
§ 396 Aussetzung des Verfahrens	2373
2. Unterabschnitt. Ermittlungsverfahren	2377
I. Allgemeines	2377
§ 397 Einleitung des Strafverfahrens	2377
§ 398 Einstellung wegen Geringfügigkeit	2382
§ 398a Absehen von Verfolgung in besonderen Fällen	2383
II. Verfahren der Finanzbehörde bei Steuerstraftaten	2392
§ 399 Rechte und Pflichten der Finanzbehörde	2392
§ 400 Antrag auf Erlass eines Strafbefehls	2419
§ 401 Antrag auf Anordnung von Nebenfolgen im selbständigen Verfahren	2422
III. Stellung der Finanzbehörde im Verfahren der Staatsanwaltschaft	2424
§ 402 Allgemeine Rechte und Pflichten der Finanzbehörde	2424
§ 403 Beteiligung der Finanzbehörde	2425
IV. Steuer- und Zollfahndung	2426
§ 404 Steuer- und Zollfahndung	2426
V. Entschädigung der Zeugen und der Sachverständigen	2434
§ 405 Entschädigung der Zeugen und der Sachverständigen	2434
3. Unterabschnitt. Gerichtliches Verfahren	2435
§ 406 Mitwirkung der Finanzbehörde im Strafbefehlsverfahren und im selbständigen Verfahren	2435
§ 407 Beteiligung der Finanzbehörde in sonstigen Fällen	2436
4. Unterabschnitt. Kosten des Verfahrens	2437
§ 408 Kosten des Verfahrens	2437
Vierter Abschnitt. Bußgeldverfahren	2438
Vor § 409	2438
§ 409 Zuständige Verwaltungsbehörde	2439
§ 410 Ergänzende Vorschriften für das Bußgeldverfahren	2439

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

§ 411	Bußgeldverfahren gegen Rechtsanwälte, Steuerberater, Steuerbevollmächtigte, Wirtschaftsprüfer oder vereidigte Buchprüfer	2446
§ 412	Zustellung, Vollstreckung, Kosten	2447

Neunter Teil Schlussvorschriften

§ 413	Einschränkung von Grundrechten	2449
§ 414	<i>gegenstandslos</i>	2449
§ 415	<i>(Inkrafttreten)</i>	2449
Anlage:	Mustersatzung zu § 60	2450
Sachverzeichnis	2453

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG